

Regierung soll "KiBiz" verbessern

Hilchenbach. (pe) Mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution wendet sich der Hilchenbacher Rat gegen den Entwurf des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz).

Die Politiker fordern die Landesregierung auf, "gemeinsam mit Kommunen und ihren Spitzenverbänden sowie den freien Trägern der Jugendhilfe, den Elternverbänden, Gewerkschaften und Berufsverbänden einen besseren Gesetzentwurf entwickeln, der den Ansprüchen an eine moderne Elementarziehung genügt." Zudem hält der Hilchenbacher Rat "gleichzeitig eine weitere deutliche Verstärkung der finanziellen Anstrengungen der Landesregierung für unerlässlich", mit dem Ziel, "gleichermaßen zur Verbesserung des qualitativen Angebotes die Beitragsfreiheit des Regelangebotes Kindergarten und Halbtagsbetreuung zu erreichen, ebenso die kostenfreie Fahrt zum Kindergarten." Zuvor hatte Christiane Natusch (Grüne) betont, dass die finanziellen Auswirkungen Hilchenbach besonders treffen könnten.

Der erste Teil der Resolution ist ein abgemilderter Entwurf der Grünen, der zweite Teil stammt aus einem Entwurf der CDU. Doch bis beide Teile wie aus einem Guss daherkamen und einstimmig verabschiedet wurden, bedurfte es einer einstündigen Diskussion, zweier Sitzungsunterbrechungen und einem mahnenden Appell Ernst Heinrich Hoffmanns (FDP): "Wir sollten so etwas einstimmig beschließen. Alles andere macht keinen Eindruck." Zwischendurch war Hartmut Thomas (Grüne), in dessen Augen der ursprüngliche CDU-Entwurf sich als "bloß taktisches Papier" lediglich einer "Resolutionslyrik" bediente, sogar bereit, "unseren Teil unter dem Briefkopf der CDU" zu beantragen. "Mir geht es nämlich um die Sache selbst, nicht um Parteipolitik", sagte er, nachdem Dr. Werner Schäfer (CDU) im Anschluss an die erste Sitzungsunterbrechung auf dem CDU-Entwurf beharrte. Dort stand zunächst als erster Satz, dass der Rat im KiBiz "eine wichtige Weiterentwicklung" der Kinder im Vorschulalter sehe - eine Formulierung in einigem Gegensatz zu der ursprünglich von den Grünen beantragten Forderung, die Landesregierung solle das Gesetz "nicht weiter beraten".

Obwohl Rudolf Hoffmann (UWG) anfangs fand, eine endgültige Fassung aus zwei Resolutionsentwürfen sei ein "ganz schwieriges Unterfangen", gelang die Operation schließlich doch.

19.09.2007